

Ausschuß für Innere Verwaltung  
56. Sitzung

26.10.1989  
ei-pr

Zusätzlich hat der Polizeipräsident Köln schon am 16. September eine Anzeigenkampagne in Erwartung dieses Einsatzes über die kölnischen Tageszeitungen durchgeführt, etwa mit dem Tenor: Ziel Gewaltvermeidung. Vor und während des Einsatzes verteilten Polizeibeamte Handzettel, die sich insbesondere an die Gegendemonstranten richteten, in denen ebenfalls um Gewaltvermeidung, um einen friedlichen Demonstrationsverlauf geworben wurde.

Staatssekretär Riotte (Innenministerium) fährt fort:

Der Demonstrationsverlauf entwickelte sich anders, als die Polizei erwartet hatte. Die Gründe, die dazu geführt haben, sind uns nicht abschließend bekannt. Der Polizeipräsident Köln hat zunächst unter dem Datum 29. September berichtet. Dieser Bericht war schon dem Regierungspräsidenten zu wenig vollständig und in sich auch noch widersprüchlich, so daß er den Polizeipräsidenten gebeten hat, ihn zu überarbeiten. Er hat dazu 26 präzise Fragen gestellt.

So war bis zu dem Zeitpunkt nicht bekannt und ist uns auch bis heute nicht bekannt, weshalb beispielsweise auf die Verlagerung des eingesetzten Sperrgeräts verzichtet worden ist. Das hätte unter Umständen ausgereicht, zumindest Teile des Weges freizumachen. Es war und ist uns weiterhin nicht bekannt, was das konkrete Ziel des Auftrags war, der dem Leiter des Einsatzabschnitts erteilt worden ist, weshalb die Präsenz der Polizei nicht so stark gewesen ist, wie es ursprünglich im Einsatzkonzept vorgesehen war, welche Erkenntnisse dazu geführt haben, daß noch vor Beginn der Veranstaltung der gesamte Raumschutz und die Eingreifkräfte zum Betriebshof der Kölner Verkehrsbetriebe verlagert worden sind. So gibt es 26 Fragen - ich will sie nicht alle im einzelnen vortragen -, die der Regierungspräsident zurückstellen mußte.

Die Antwort darauf ist gestern beim Regierungspräsidenten eingetroffen. Wir legen Wert darauf, daß er selber dazu auch noch Stellung nimmt und werden deshalb heute nicht in der Lage sein, Ihnen einen verlässlichen detaillierten Bericht zum Ablauf der Ereignisse zu geben.

Sie mögen fragen: Ließ sich das nicht beschleunigen? - Dieselbe Frage haben wir natürlich dem Regierungspräsidenten auch gestellt, und der seinerseits dem Polizeipräsidenten. Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß es eine Vielzahl von Beteiligten gegeben habe, aber auch eine mindestens gleich große Zahl von Zeugen, abgesehen von den Medien, die die Ereignisse beobachtet haben. Alle die, die man zu den kritischen Punkten befragen müßte, waren in der bisher verfügbaren Zeit nicht erreichbar, so daß auch aus der Sicht des Regierungspräsidenten keine Möglichkeit bestand - etwa dadurch, daß

Ausschuß für Innere Verwaltung  
56. Sitzung

26.10.1989  
ei-pr

er den Bericht an sich gezogen hätte -, die Herstellung des Berichtes zu beschleunigen.

Wenn ich Ihnen einen Verfahrensvorschlag machen darf, würde ich empfehlen, dies in der nächsten Sitzung als ordentlichen Punkt zu behandeln. Bis dahin werden wir in der Lage sein, Ihnen zu berichten. Möglicherweise, wenn das von der Sachverhaltsdarstellung nicht zu umfangreich wird, werden wir Ihnen bis dahin auch einen schriftlichen Bericht vorlegen können.

Abg. Paus (CDU) bittet, die folgenden Fragen in den Bericht einzubeziehen: Nach einer ihm vorliegenden Stellungnahme seien Einsatzkräfte nicht ausreichend ausgestattet gewesen; teilweise hätten sie normale Uniformen getragen. Ein Teil der Kräfte solle schon vor Beginn der Veranstaltung ohne Wissen des örtlichen Einsatzleiters entlassen worden sein.

Eine weitere Frage sei sicherlich im Ausschuß zu klären: Es gebe einen Erlaß des Innenministers, wonach Parlamentarier sich während eines bestimmten Zeitraums vor Wahlen möglichst aus Polizeibehörden fernhalten sollten. Nach seinen Informationen solle ein Mitglied des Innenausschusses, nämlich Abg. Klütsch, mit Genehmigung des Innenministeriums bei den Einsatzbesprechungen und beim Ablauf des polizeilichen Geschehens in Köln anwesend gewesen sein. Er wüßte gerne, ob das zutreffe.

Abg. Dr. Lichtenberg (CDU) hat erfahren, daß, obwohl die Ratsfraktionen über den spontanen Ortswechsel der Republikaner nicht informiert gewesen seien, dennoch 22 SPD-Mitglieder aus Rat und Verwaltung am neuen Einsatzort erschienen seien. Ihn interessiere, ob es hierüber Informationen an eine Partei gegeben habe.

Abg. Reinhard (SPD) macht darauf aufmerksam, daß in der nächsten Ausschußsitzung über den Haushaltsentwurf und das Polizeigesetz entschieden werden solle, und bittet deshalb, diesen Punkt in der übernächsten Sitzung, am 30. November, auf der Grundlage eines schriftlichen Berichts des Ministeriums zu erörtern. - Der Vorsitzende wird das so terminieren.

StS Riotte bemerkt zu der Frage der Anwesenheit des Abg. Klütsch, der von Abg. Paus erwähnte Erlaß gelte nicht für Kommunalwahlen; im übrigen ergebe sich daraus nicht, daß es landesweit keine Kontakte geben dürfe, sondern nur, daß das dem jeweiligen Ressort vorbehalten bleibe.

Dieser Punkt sei aktuell Gegenstand von Erklärungen des CDU-Generalsekretärs - mit, wie ihm berichtet worden sei, teilweise fal-